



## Aus dem ULVnetinfo 4/2013 Spezial

UniversitätslehrerInnenverband an der Universität Wien

### Wissenschafts- und Hochschulpolitik im Diskurs

Die Nationalratswahl naht und der Wahlkampf ist in seiner heißen Phase. Politisches und weniger Politisches flutet in diesem Zusammenhang die Medien. Auch Wissenschafts- und Hochschulpolitik wird thematisiert. Jüngst hat Lisa Nimmervoll in DerStandard wieder einmal einen sprachlich machtvollen [Kommentar](#) zur Hochschulpolitik der ÖVP veröffentlicht: Vom Schwarzen Kamikazekurs und systematischer Verantwortungslosigkeit ist dort die Rede.

Nun ist DerStandard nicht gerade als Organ der ÖVP-Hochberichterstattung bekannt. Das soll auch so sein. Die Wissenschafts- und Hochschulpolitik in diesem Land wird seit Jahrzehnten wesentlich von der ÖVP beeinflusst und gestaltet und vieles, was Frau Nimmervoll und ihre KollegInnen – natürlich auch in anderen Zeitungen – in diesem Zusammenhang regelmäßig kritisch reflektieren, hat leider seine volle Berechtigung. Auch im ULV-Blog [Uni 2020](#) haben viele unserer KollegInnen sich mannigfach kritisch zu den diversesten Themen geäußert, ergänzt von Beiträgen aus der HochschülerInnenschaft. In meinem [Blog-Editorial](#) – in diesem ULV-Net-Info erstmals in der „ungekürzten Originalversion – habe ich versucht, die Grundstimmung zu skizzieren, die derzeit wohl bei den meisten UniversitätslehrerInnen und vor allem den NachwuchswissenschaftlerInnen herrscht.

Hier in diesem Beitrag nehme ich nun nochmals Stellung, und zwar als Wissenschaftler, der nicht nur seit mehreren Jahren im Rahmen des ULV und darüber hinaus in der Personal- und Interessensvertretung und auch als Christgewerkschafter politisch aktiv ist, sondern bei dieser Nationalratswahl sich nun erstmals auch um ein Mandat bewirbt. Und zwar ausgerechnet auf Liste der ÖVP – und aus Sicht der meisten UniversitätslehrerInnen ist die Lichtenfelsgasse mittlerweile wohl zu einer Art „Höhle des Löwen“ mutiert. Viele UniversitätslehrerInnen haben sich, sofern sie die ÖVP früher einmal gewählt haben, mittlerweile von der ÖVP abgewendet und sind entweder ins Lager der Nichtwähler gewechselt oder wählen nun Grün, Pirat, Liberal o.a.

Ich trete an, nicht weil ich mit der Wissenschafts- und Hochschulpolitik der vergangenen 10 Jahre – erst unter schwarz-blau (bzw. orange) und dann unter rot-schwarz – zufrieden bin, sondern gerade weil ich über weite Strecken unzufrieden bin. Und weil ich meine, dass wir WissenschaftlerInnen und UniversitätslehrerInnen auf Basis unserer langjährigen Erfahrung die besseren Ideen, Konzepte und Argumente haben, die wir in den hochschulpolitischen Diskurs einbringen sollen und müssen.

Eine Kandidatur bei der Nationalratswahl auch deswegen, weil wir WissenschaftlerInnen bzw. UniversitätslehrerInnen, so meine ich, über die Jahre hinweg zur Kenntnis nehmen mussten, dass wir aus den Hochschulen, Gremien und Verbänden heraus kaum Gehör dort finden, wo die Entscheidungen letztlich getroffen werden – und das gilt übrigens für Vertreter aller Couleurs an den Hochschulen und in Bezug auf alle Parteien.



Eine Kandidatur bei der Nationalratswahl folglich auch deswegen, weil ich der Meinung bin, dass Demokratie existentiell die Wahrnehmung des Wahlrechts braucht, und zwar des aktiven, aber eben auch des passiven Wahlrechts.

Zum passiven Wahlrecht: Es braucht UniversitätslehrerInnen, die eben auch kandidieren, nicht nur bei Wahlen zum Vorstand des ULV oder anderer Fraktionen oder bei den Betriebsratswahlen an den einzelnen Unis, sondern eben auch bei Gemeinderats-, Landtags- und Nationalratswahlen. Denn wir müssen uns insbesondere auch dort einbringen, wo die Entscheidungen getroffen werden.

Zum aktiven Wahlrecht: Man soll jedenfalls zur Urne schreiten; man soll aber auch das Recht wahrnehmen, dabei Vorzugsstimmen zu vergeben, um so den eigenen Willen zu dokumentieren, wer von den KandidatInnen in Zukunft in den politischen Vertretungen tätig sein soll, und damit Einfluss auf die Entwicklung der Politik zu nehmen. Von vielen Seiten wird jüngst verstärkt ein Mehr an direkter Demokratie gefordert – nutzen wir doch jene Instrumente wieder stärker, die wir bereits haben.

Nun bin ich auch der Meinung, dass ein Großteil der Probleme an den Universitäten bzw. Hochschulen wenig mit den politischen, rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen zu tun hat, sondern schlicht hausgemacht ist:

- Wenn JungwissenschaftlerInnen an ihren Universitäten [keine Karriereperspektiven](#) mehr finden – der sogenannte „Braindrain“, also das Abwandern junger Spitzenkräfte und -talente, ist ein wichtiges, aber im politischen Diskurs oft bagatellisiertes Thema – so liegt das meiner Meinung nach vorrangig an der schlechten Personalstrukturplanung an den Universitäten. Die Verantwortung dafür liegt nicht bei der Politik, dem Ministerium, dem Parlament oder den Parteien, sondern bei den Universitäten selbst.
- Wenn Studierende keine BetreuerInnen für Ihre Abschlussarbeiten finden und einzelne UniversitätsprofessorInnen bis zu 50 Abschlussarbeiten und mehr betreuen, dann liegt das nicht unbedingt daran, dass zu wenig geeignetes wissenschaftliches Personal für die Betreuung an den Universitäten bereit steht, sondern dass einige Wenige dieses Recht jenseits juristischer, sachlicher oder fachlicher Notwendigkeiten monopolisieren.

Führungsdefizite auf allen Ebenen, aber auch [Mobbing bzw. Bossing](#) und vieles mehr erschweren den Alltag an den Hochschulen und im Wissenschaftsbetrieb allgemein und reduzieren so die Leistungsfähigkeit einzelner Personen und ganzer Arbeitsgruppen oder Institute. Wenn man dies festhält, macht man sich in der KollegInnenschaft und in den Rektoraten nicht nur Freunde.

Doch darum geht es bei Nationalratswahlen nicht: Da geht es um Politik. Unter anderem um Hochschulpolitik.

Und in diesem Zusammenhang dominiert das Thema „Studienbeiträge“ seit Jahren die mediale Berichterstattung. Kaum ein anderes Thema erfährt derart hohe Aufmerksamkeit und das über einen Zeitraum von nunmehr 10 Jahren. Ich möchte ungern von einem hochschulpolitischen Evergreen reden, da Grün die Farbe der Hoffnung ist und der Himmel sich scheinbar stets verdunkelt, wenn die politischen Proponenten über dieses



Thema zu streiten beginnen. Im Licht der geringen realen Bedeutung, die Studienbeiträge in ihrer österreichischen Form (sic!) haben oder hätten, und angesichts der Masse an Problemen und Herausforderungen, die wir im Hochschulsektor zu bewältigen haben bzw. hätten (und es nicht tun), ist das absolut inadäquat und belastend. Hickhack rund um das Thema [Studienbeiträge oder Studiengebühren](#) helfen da nicht weiter.

Veit Sorger hat sich jüngst wieder dazu zu Wort gemeldet und in einem [Kommentar](#) in DerStandard Studiengebühren als „Beiträge in die Zukunft“ bezeichnet. Er argumentiert mit internationalen Erfahrungen, wobei die von ihm entfalteten, kausalen Zusammenhänge mir teils fragwürdig erscheinen. Die angeblich bessere soziale Durchmischung an gebührenpflichtigen Fachhochschulen im Vergleich zu nicht-gebührenpflichtigen Universitäten in Deutschland führt er eben auf Studiengebühren zurück. Als wenn der wesentliche Unterschied zwischen Universitäten und Fachhochschulen in Studiengebühren bestünde und nicht etwa im Standort oder Studienangebot oder der Ausrichtung. Außerdem stimmt es nicht, dass an deutschen Universtäten grundsätzlich keine Studiengebühren verlangt werden; bei unseren Nachbarn ist das – wie so vieles – länderspezifisch unterschiedlich. Sorger geht mit keinem Wort auf die österreichischen Spezifika des Studienbeitragssystems ein: Etwa geringe Beiträge, von denen die meisten befreit sind und die daher einen sehr geringen Effekt auf die Universitätsfinanzierung haben – um nur einen Aspekt zu nennen. Und er junktimiert das Argument des Beitrags zu dieser in der Praxis geringfügigen Finanzierung der Universitäten – oder besser: „In die Zukunft“ – mit dem Argument des Steuerungselements. Studiengebühren sind aber m.E. mit Abstand das Untauglichste aller Steuerungselemente, wie auch der Altrektor der TU Wien, Peter Skalicky, jüngst in einem [Interview](#) in DerStandard festgestellt hat. Dafür gibt es andere, wesentlich besser geeignete Mittel – ohne hier für Zugangsbeschränkungen oder gegen einen freien Hochschulzugang votieren zu wollen.

Um klar zu stellen: Ich bin nicht grundsätzlich gegen Studiengebühren. Allerdings sinnvolle und verantwortungsvolle Studiengebühren. Nicht Studiengebühren um ihrer selbst willen aus ideologischen Gründen, wie ich dies nicht nur aus dem Kommentar von Veit Sorger und anderen Stellungnahmen pro Studiengebühren immer wieder heraushöre oder -lese. Studiengebühren können aber nur ein Beitrag von Studierenden zur Finanzierung ihres Studiums sein, jedenfalls kein Steuerungselement des Zugangs zu Universitäten bzw. zum Studium allgemein oder eines bestimmten Faches. Studiengebühren müssen einen relevanten Beitrag zu dieser Finanzierung darstellen. Studiengebühren müssen gerecht sein – für alle oder für keinen. Sie müssen für diejenigen, die sie zu zahlen haben, leistbar und finanzierbar (Stipendien- oder Kreditsystem) sein. Das alles traf und trifft auf die österreichischen Studienbeiträge kaum oder gar nicht zu.

Außerdem wird das Thema „Studienbeiträge“ als politisches Faustpfand missbraucht und trägt wesentlich zur Blockade in der großen Koalition in Sachen Wissenschafts- und Bildungspolitik bei. Es scheint im Kern um einen ideologischen Proxy-Kampf zu gehen, wie es auch Florian Kraushofers [Replik](#) auf Sorgers Kommentar suggeriert. Der Vorsitzende der Österreichischen HochschülerInnenschaft schreibt sogar, dass uns am Ende die ideologische Debatte nicht erspart bleibt und Fakten diese Entscheidung (pro



oder contra Studienbeiträge) nicht für uns treffen können. Das klingt fatal, absolut unsachlich, trifft aber wohl die österreichische Situation.

Auf die Taktik von Wissenschaftsminister Töchterle, die Entscheidung zur Einhebung von Studiengebühren und die Unis zu delegieren, mit den bekannten Folgen, möchte ich hier gar nicht mehr eingehen.

Doch der Punkt ist: Es gibt viel wichtigere Themen in der österreichischen Wissenschafts- und Hochschulpolitik! Eines der für den ULV wichtigsten Themen ist die Überwindung des Kuriensystems und die Einführung des Faculty-Modells. Wolfgang Weigel hat in seinem [Beitrag](#) im ULV-Blog in DerStandard unsere Position festgehalten – und als Reaktion darauf sogar Anfragen von Vertretern von HochschullehrerInnenschaften aus Deutschland erhalten. Weigel spricht vom „reformatorischen Potenzial“ des Faculty-Modells und bringt die Kritik am Kuriensystem auf den Punkt, wenn er schreibt, dass dieses „zu einem erheblichen Maß auf ein Kastenwesen hinausläuft, das nicht nur diskriminierend sein kann (und leider verbreitet auch ist), sondern demotivierend und manchmal auch demütigend wirkt und damit einem konstruktiven, kooperativen inneruniversitären Klima diametral entgegengesetzt ist.“ Jüngst hat in diesem Zusammenhang die aktuelle „Durchführungsbestimmung zur Betreuung von Diplom- oder Masterarbeiten“ an der Uni Wien (30.8.2013) Unmut in der „Mittelbaukurie“ erregt. Wieder wurde festgelegt, dass das Recht zur Betreuung nur Mitgliedern der Professorenkurie und Habilitierten vorbehalten ist, Ausnahmen bestätigen die Regel. Dass einige Professoren an der Uni Wien mehr als 50 Abschlussarbeiten pro Semester gleichzeitig betreuen, führt nicht zum notwendigen Umdenken, zumindest noch nicht. Es sind die Studierenden, die unter diesem Prinzip leiden, denn niemand kann ernsthaft behaupten, dass ein Einzelner mehr als 50 Abschlussarbeiten gleichzeitig in hochqualitativer Weise betreuen kann. Und es sind die AssistentInnen, die unter diesem Prinzip leiden, wenn sie inoffiziell, unbezahlt und unbedankt im Namen ihrer Vorgesetzten dann einige dieser Betreuungen übernehmen müssen; das ist eigentlich institutionalisiertes wissenschaftliches Fehlverhalten – das auch auf das Kuriensystem zurückzuführen ist. Die Tatsache, dass Post-Docs von der Betreuung von Abschlussarbeiten systematisch ausgeschlossen sind, ist für diese auch ein Karrieredefizit, wie ich es auch im Rahmen meiner Tätigkeit als Betriebsrat mitbekomme, aber auch am eigenen Leib verspüre. So ist bei Bewerbungen um Positionen an Universitäten im Ausland, wo es weder ein Kuriensystem, noch Habilitation, sondern stattdessen eben ein Faculty-Modell gibt, ein wichtiges Kriterium in der Evaluierung der BewerberInnen eben die Frage nach der bisherigen Betreuungstätigkeit von Abschlussarbeiten – ein Kriterium, bei dem österreichische NachwuchswissenschaftlerInnen kaum Punkte sammeln können, ein klarer hausgemachter Wettbewerbsnachteil.

Viele andere hochschulpolitische Aufgaben warten – weil sie im vergangenen Jahrzehnt liegen geblieben sind und Reformen nicht genutzt wurden, um sie abzuarbeiten. Wir können dies noch so oft festhalten, in unseren diversen Gremien diskutieren, in Zeitung publizieren etc. Ändern wird sich wahrscheinlich erst dann etwas, wenn wir unsere Vorstellungen, Ideen, Konzepte und Forderungen dorthin tragen, wo die politischen



Entscheidungen gefällt werden und an diesen Entscheidungsprozessen aktiv in der ersten Reihe partizipieren. Daher kandidiere ich bei dieser Nationalratswahl, bewerbe mich um ein Mandat, kämpfe um Vorzugsstimmen. Und ich empfehle aus diesem Grund hier auch allen Kolleginnen und Kollegen im ULV, in Zukunft ebenfalls eine Kandidatur in den verschiedenen politischen Vertretungen – auf welcher Parteiliste auch immer – in Erwägung zu ziehen.

***Friedrich Schipper** ist Archäologie, stv. Vorsitzender des UniversitätslehrerInnenverbandes an der Uni Wien und Mitglied des Betriebsrats für das Wissenschaftliche Universitätspersonal an der Uni Wien. Er kandidiert für die Nationalratswahl auf der ÖVP-Bundesliste auf dem 36. Listenplatz.*